

Protokoll**der ordentlichen Versammlung der Einwohnergemeinde Wohlen**

Mittwoch, 20. Juni 2012, 19.30 Uhr, im Reberhaus (grosser Saal), Uettligen

Bekanntmachung durch Ausschreibung

im Anzeiger Region Bern Nr. 37 vom 16. Mai 2012 und Nr. 41 vom 1. Juni 2012

Vorsitz

Gemeindeversammlungsleiter Martin Gerber, Hinterkappelen

Sekretär

Gemeindeschreiber Thomas Peter, Wohlen

Protokoll

Gemeindeschreiber-Stv. Anita Remund Wyss, Murzelen

Stimmrecht

Stand des Gemeindestimmregisters am 20. Juni 2012:

Frauen	3'517
Männer	<u>3'174</u>
Stimmberechtigte insgesamt	6'691
Anzahl Einwohnerinnen und Einwohner	8'970

Stimmenzähler**Stimmberechtigte**

Sektor 1: Christine Arnold, Uettligen	30
Sektor 2 (inkl. Ratstisch): Erwin Dubs, Hinterkappelen	38

Anwesend

stimmberechtigte Frauen und Männer total 68 = 1.02 %

Gäste

- Bruno Frantzen, Leiter Finanzen
- Thomas Liechti, Leiter Bildung/Kultur
- Rowan Borter, Strasseninspektor
- Marie-Louise Läng, Präsidentin Oberstufenkommission Uettligen
- Andreas Jost, Gfeller Elektro AG

Stimmberechtigung

Der Gemeindeversammlungsleiter stellt im weiteren die Frage, ob Personen im Saal anwesend sind, die noch nicht seit drei Monaten in der Gemeinde Wohlen angemeldet oder noch nicht 18-jährig sind. Nicht Stimmberechtigte hätten ebenfalls auf den für Gäste reservierten Stühlen Platz zu nehmen.

Das Stimmrecht wird von niemandem bestritten. Die Versammlung ist somit beschlussfähig und gilt als eröffnet.

Vor der Behandlung der Geschäfte wird eine Ehrung vorgenommen.

Gemeinderätin Anita Herrmann: Am 5. Juni hat eine Wohleiner Firma den Berner Energiepreis 2012 erhalten. Seit über 100 Jahren schreibt die Gfeller Elektro AG Innovation und Zuverlässigkeit gross. Insbesondere bei der Installation von Fotovoltaikanlagen und im Bereich der LED-Beleuchtung hat sie sich etabliert. Besonders innovativ ist das Projekt 'Energiebotschafter'. Lehrlinge betreuen das Effizienzprogramm, leisten einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz und werden gleichzeitig für die Thematik sensibilisiert. Bei diesem Projekt werden Haushalte auf das Energiesparpotenzial überprüft. Im ersten Jahr konnten über 100'000 Kilowattstunden Strom eingespart werden, was einem durchschnittlichen Jahresverbrauch von rund 20 Haushalten entspricht. Im weiteren wird die Fahrzeugflotte sukzessive auf Erdgas- und Hybridfahrzeuge umgestellt sowie auf dem Firmendach eine Fotovoltaikanlage installiert. Bei der Beleuchtung der Firmenräume kommen LED, Präsenz- und Bewegungsmelder und Tageslichtsensoren zum Einsatz und demnächst wird eine Elektrospeicherheizung durch eine Wärmepumpe ersetzt. Im Namen der Energiestadt Wohlen dankt sie der Gfeller Elektro AG ganz herzlich für ihren Einsatz. Sie gratuliert den anwesenden Firmenvertretern Christine, Urs und Andreas Jost zum Berner Energiepreis 2012 und übergibt ihnen Blumen und Wein.

Andreas Jost dankt für die Ehrung. Die Gfeller Elektro AG beschäftigt 125 Mitarbeiter und 22 Lehrlinge in Hinterkappelen. 2006 sind sie von Bern nach Hinterkappelen umgezogen und fühlen sich seither sehr wohl in Wohlen. Das Projekt 'Energiebotschafter' wurde vor zwei Jahren gestartet. Es geht vor allem um die Sensibilisierung des Stromsparens und um aufzuzeigen, was überhaupt eine Kilowattstunde ist. Bereits letztes Jahr haben sie eine Auszeichnung für das Lehrlingsprojekt erhalten.

Urs Jost ist Eigentümer der Gfeller Elektro AG. Das Geschäft hat er nun innerhalb der Familie übergeben. Er dankt der Verwaltung und insbesondere dem Departement dafür, dass es möglich war, innerhalb eines halben Jahres eine Lagerhalle zu bauen. Die Gfeller Elektro hat das Solarcenter Muntwyler AG gekauft. Er hätte dieses gerne hier angesiedelt, aufgrund des fehlenden Gewerberaumes war dies leider nicht möglich. Dieses steht nun in Zollikofen.

Traktanden

1. Protokoll der ausserordentlichen Gemeindeversammlung vom 20. März 2012
2. Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung 2011
3. Wahl des externen Rechnungsprüfungsorgans für die Periode vom 1. Juli 2012 bis 30. Juni 2013
4. Personalreglement; Teilrevision
5. Oberstufenverband Uettiligen; Organisationsreglement; Erlass
6. Einführung der regionalen Schulsozialarbeit
7. Abwasserentsorgung; Sanierung des öffentlichen Kanalnetzes in Uettiligen; Kreditgenehmigung
8. Berichterstattung und Verschiedenes

Der Versammlungsleiter stellt die Frage, ob jemand eine Abänderung der vorgelegten Traktandenliste wünscht. - Es meldet sich niemand zu Wort.

Verhandlungen

1. Protokoll der ausserordentlichen Gemeindeversammlung vom 20. März 2012

Antrag des Gemeinderates

Der Gemeinderat beantragt der Versammlung die Genehmigung ohne Verlesen.

Gemeindeversammlungsleiter Martin Gerber gibt bekannt, der Gemeinderat habe das Protokoll gelesen und in Ordnung befunden.

Gemeindebeschluss

Das Protokoll der ausserordentlichen Gemeindeversammlung vom 20. März 2012 wird ohne Wortmeldungen mit grossem Mehr ohne Gegenstimmen genehmigt.

2. Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung 2011

Bericht

Gemäss Botschaft zur Juni-Gemeindeversammlung.

Anträge des Gemeinderates

a) Jahresbericht 2011

Es sei der Jahresbericht 2011 zu genehmigen.

b) Jahresrechnung 2011

1. Kenntnisnahme und Genehmigung von Nachkrediten

Es seien die gebundenen Nachkredite in der Höhe von insgesamt Fr. 149'023.39 zur Kenntnis zu nehmen. Die Gemeindeversammlung hat Nachkredite in der Höhe von Fr. 750'000.- zu genehmigen.

2. Genehmigung der Rechnung 2011

Es sei die bei Fr. 42'173'801.00 Aufwand und Fr. 43'107'172.79 Ertrag mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 933'371.79 abschliessende Rechnung für das Jahr 2011 zu genehmigen.

3. Genehmigung der Produktgruppen Gemeindestrassen und Gemeindebibliothek 2011

a) Es sei das mit Nettokosten von Fr. 1'440'217.91 entsprechend einem Kostendeckungsgrad von 23.83 %, abschliessende NPM-Produkt Gemeindestrassen zu genehmigen.

b) Es sei das mit Nettokosten von Fr. 246'416.68 entsprechend einem Kostendeckungsgrad von 17.17 %, abschliessende NPM-Produkt Gemeindebibliothek zu genehmigen.

Beratung

Gemeindeversammlungsleiter Martin Gerber erteilt Gemeindepräsident Eduard Knecht das Wort. Anschliessend soll zuerst über den Jahresbericht und dann über die Jahresrechnung diskutiert werden.

Gemeindepräsident Eduard Knecht: Der vielfältige Jahresbericht liegt bereits zum 14. Mal vor. Es ist ein Rechenschaftsbericht, welcher Einblick in die Tätigkeiten gibt und eine Ergänzung zur Jahresrechnung darstellt.

Die Jahresrechnung 2011 wurde sorgfältig durch die Abteilung Finanzen/Steuern, insbesondere durch Bruno Frantzen, erstellt. Geprüft wurde sie durch die Departementskommission Präsidiales,

die Geschäfts- und Ergebnisprüfungskommission, den Gemeinderat und die BDO AG. Die Gemeinderechnung schliesst um Fr. 2'089'799.- besser ab als budgetiert. Die Gemeinde Wohlen erzielte im Jahr 2011 als absolute Ausnahme Einnahmen bei den Lotteriegewinnsteuern von Fr. 750'000.-. Dieser Betrag wurde für ausserordentliche Abschreibungen verwendet. Nach Vornahme dieser Abschreibungen schliesst die Rechnung mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 933'371.79 ab. Der Ertragsüberschuss wurde dem Eigenkapital zugeführt. Somit beträgt die Eigenkapitalreserve Fr. 8'073'186.95, was knapp sechs Steueranlagezehnteln entspricht. Gemäss den gemeinderätlichen Zielsetzungen sollte Ende der Legislatur (Ende 2013) eine Reserve von rund drei Steueranlagezehnteln vorhanden sein. Bei einem für das Jahr 2012 budgetierten Aufwandüberschuss von Fr. 1.1 Mio wird das Eigenkapital Ende 2012 mindestens 4 Steueranlagezehntel (Fr. 6'967'545.-) betragen. Im Jahr 2011 konnten die erwarteten Steuererträge dank den Einkommens- und Lotteriegewinnsteuern mit Mehreinnahmen von 1.5 Mio Franken weit übertroffen werden. Minderaufwendungen gab es im Bildungsbereich (Fr. 200'000.-), bei der sozialen Wohlfahrt (Fr. 250'000.-), bei den Schuldzinsen (Fr. 100'000.-) sowie bei der Kultur und Freizeit (Fr. 50'000.-). Dies hat eine Besserstellung der Rechnung von Fr. 2'100'000.- zur Folge. Die mittel- und langfristigen Schulden betragen 8.1 Mio Franken, inkl. Spezialfinanzierung betragen diese 19.9 Mio. Franken. Im Jahr 2011 wurden Nettoinvestitionen von 1.7 Mio. Franken getätigt, was 0.9 Mio. Franken weniger sind als im Voranschlag vorgesehen waren. Der Gemeindeanteil an die Fürsorgeaufwendungen beträgt rund 3.8 Mio. Franken. Der Beitrag an den direkten Finanzausgleich beträgt Fr. 1'161'000.-, der Beitrag an den Zentrumslastenausgleich Fr. 328'000.-. Die einzig beeinflussbaren Bereiche sind der Personal- und der Sachaufwand. Der Personalaufwand erfährt gegenüber dem Vorjahr einen geringen Anstieg von 0.23 %, während der Sachaufwand eine Erhöhung von rund Fr. 263'000.- erfährt.

Bruno Frantzen, Leiter Finanzen/Steuern, präsentiert die Verwaltungsrechnung 2011, welche in der Botschaft ausführlich dargestellt ist. Er erläutert die laufende Rechnung, die Investitionsrechnung, die Bestandesrechnung, die NPM-Produktgruppen, die Spezialfinanzierungen, die Steuererträge und die Finanzkennzahlen. Speziell erwähnt er noch die Besserstellung im Steuerbereich. Hier konnte ein ausserordentlicher Ertrag erzielt werden, mit welchem zusätzliche Abschreibungen vorgenommen wurden. Dies hat eine Entlastung von rund Fr. 80'000.- bis Fr. 100'000.- für die kommenden Jahre zur Folge. 96 % der Steuererträge stammen von den natürlichen Personen sowie der Liegenschaftsteuer.

Jahresbericht 2011

Ueli Corrodi, Hinterkappelen, möchte wissen, ob es einen bestimmten Grund dafür gibt, dass die Rücktritte zweier Gemeinderätinnen im Jahresbericht nicht erwähnt wurden.

Gemeindepräsident Eduard Knecht: Es ist üblich, dass Rücktritte von Gemeinderäten nicht im Jahresbericht erwähnt werden. Diese Tradition wurde beim 14. Jahresbericht fortgesetzt. Persönliche Gründe führten zu diesen Rücktritten. Die Verabschiedungen und Verdankungen wurden unmittelbar an Gemeindeversammlungen vorgenommen. Es ist üblich, dass die bisherigen Gemeinderäte beim Bericht zu ihren Departementen noch mitarbeiten. Es gab keinen Grund, diese Praxis dieses Jahr zu ändern und es steckt keine Absicht dahinter.

Thomas Gerber, Hinterkappelen, dankt im Namen der Grünen Wohlen allen Beteiligten für den Jahresbericht. Er hofft, dass der neu zusammengesetzte Gemeinderat weiterhin gut funktioniert. Die Grünen Wohlen vermissen im Jahresbericht eine Information zu den Sicherheitsmassnahmen beim AKW Mühleberg.

Jahresrechnung 2011

Karl Gorsatt, Murzelen: Die SVP empfiehlt die vorliegende Rechnung zur Annahme. Er dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde, welche diesen positiven Rechnungsabschluss beeinflusst haben. Ein besonderer Dank geht aber letztendlich an alle Steuerzahler und Lottospieler. Trotzdem hat er einige Bemerkungen dazu: Bereits zum elften Mal nacheinander

haben es die Finanzverantwortlichen geschafft, viel besser zu sein als der Voranschlag. Mittlerweilen glaubt er an Absicht, so dass sich die Versammlung künftig auf ein besseres Resultat freuen kann. Ein Augenmerk muss in Zukunft auf alle durch die Gemeinde beeinflussbaren Kosten geworfen werden. Speziell die Kosten der allgemeinen Verwaltung, welche rund 5 % über dem budgetierten Wert liegen. Zu denken gibt auch der Aufwand beim Konto 580. Für individuelle Sozialhilfe waren die Ausgaben exakt 10 % höher als veranschlagt und die Erträge fielen um rund 5 % tiefer aus. Vielleicht kann mit der Zustimmung bei Traktandum 6 diese erschreckende Situation zukünftig etwas entschärft werden. Bei den Investitionen hat die SVP festgestellt, dass die geplanten Positionen nicht vollumfänglich oder termingerecht realisiert werden. Dies liegt vor allem daran, dass die Gemeinde gar nicht in der Lage ist, das geplante Investitionsvolumen zu bewältigen. Grundsätzlich gibt es keinen Grund zum Jammern. Die SVP geht davon aus, dass der Finanzplan bis 2017 einer genauen Analyse unterzogen wird und bis dahin bei ausgeglichenen Budgets und keiner Verminderung des Eigenkapitals Steuererhöhungen in den nächsten fünf Jahren kein Thema sein werden. Der kommenden Budget-Gemeindeversammlung kann also mit Spannung entgegengesehen werden.

Martin Lachat, Hinterkappelen: Die SPplus erachtet den Abschluss des Rechnungsjahres 2011 als erfreulich. Budgetiert war ein Aufwandüberschuss, resultiert hat ein Ertragsüberschuss. Die Besserstellung beträgt mehr als 1.3 Mio Franken. Besonders erfreulich ist der Schuldenabbau von 3.9 Mio Franken, dies auch unter der Prämisse, dass die Zinsen aktuell sehr tief sind. Trotzdem ist die Besserstellung mit einer gewissen Vorsicht zu betrachten:

- Die Steuergesetzrevision wird sich 2012 voll auswirken.
- Die im Jahr 2011 nicht getätigten Investitionen sind nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben.
- Die Immobilien der Gemeinde werden in den kommenden Jahren mehr finanzielle Mittel verschlingen als bisher. In der laufenden Rechnung, aber auch bei den Investitionen, wird im Bereich der Liegenschaften mit einem grösseren Volumen zu rechnen sein.
- Der Voranschlag 2012 weist einen Aufwandüberschuss von 1.1 Mio Franken aus. Es ist kaum mit einer Besserstellung im selben Ausmass wie 2011 zu rechnen.
- Die SPplus befürwortet die zusätzliche Abschreibung von Fr. 750'000.-; diese gibt dem Verwaltungsvermögen die nötige Entlastung.

Die SPplus unterstützt ebenfalls die übrigen Anträge des Gemeinderates zur Rechnung 2011.

Thomas Gerber, Hinterkappelen, dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Kommissionsmitgliedern und den Lottospielern für das gute Ergebnis. Die Grüne Wohlen haben den Rechnungsabschluss mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen. Die Schulden der Gemeinde betragen erstmals seit zehn Jahren weniger als 10 Mio Franken. Es hat sich aber ein Investitionsbedarf angestaut. Bei der Pensionskasse des Personals steht ein Primatwechsel an, welcher hohe Kosten zur Folge hat. Die Grüne Wohlen lehnt eine weitere Verschuldung ab. Sie empfiehlt der Versammlung Annahme der Rechnung 2011.

Gilbert Münger, Uettligen, möchte sich insbesondere dem Dank seiner Vorredner an die Verwaltung anschliessen. Die FDP empfiehlt Annahme der Rechnung. Besonders erwähnen möchte er die Ausgabendisziplin. Bei einem Aufwand von über 42 Mio Franken beträgt die Abweichung rund Fr. 14'000.-. Auch Glück führte zum positiven Ergebnis. Die Steuergesetzrevision wird sich erstmals 2012 auswirken, ebenso das FILAG. Trotzdem sieht die FDP positiv in die Zukunft. Es darf sicher keine Steuererhöhung geplant sein. Bei weiteren positiven Abschlüssen kann allenfalls von einer Steuersenkung gesprochen werden. Er empfiehlt der Versammlung, die Rechnung 2011 gutzuheissen.

Nora Haldemann, Hinterkappelen: Die JUSO empfiehlt die Rechnung zur Annahme. Sie war positiv überrascht. Ein Punkt in der Rechnung ist der JUSO aufgefallen, und zwar betrifft dies das Konto 'Diverse Honorare/Gebühren'. Budgetiert waren in diesem Konto Fr. 10'000.-. Dieses schliesst nun aber mit rund Fr. 41'600.- ab, was einer Übersteigerung von mehr als 300 % entspricht. Alle überschrittenen Konten wurden erklärt, dieses aber nicht. Um was für Ausgaben handelt es sich dabei?

Gemeindepräsident Eduard Knecht: Bruno Frantzen wird diese Frage beantworten. Er wird den Dank gerne an seine Mitarbeitenden weiterleiten. Er ist stolz und erfreut, Personalchef von fast 100 Mitarbeitenden zu sein. Für die guten Rechnungsabschlüsse gibt es Erklärungen, es steckt keine Absicht dahinter. Der Mehrjahresvergleich kann dies aufzeigen.

Bruno Frantzen, Leiter Finanzen/Steuern: Beim erwähnten Konto 'Diverse Honorare' ist in der Botschaft tatsächlich nichts erwähnt. In der gebundenen Rechnung, welche die Bürger einsehen können, sind die Gründe dafür ersichtlich. Dieses Konto wurde mit rund Fr. 31'000.- überschritten. In diesem Konto sind die Kosten für die Ausarbeitung des Reglements mit dem Oberstufenverband Uetligen enthalten, wofür der Gemeinderat einen zusätzlichen Kredit von Fr. 12'000.- gesprochen hat. Weiter musste eine Fachperson für den Dialog im Schulgeschäft beigezogen werden (Fr. 13'000.-), ebenso bei der Erarbeitung des Baureglements (Fr. 6'000.-). Dies ergibt die Kostenüberschreitung von Fr. 31'000.-.

Anhand eines Mehrjahresvergleichs zeigt er auf, dass fünf Jahresrechnungen in den letzten zehn Jahren im Minus abgeschlossen haben und eine Rechnung praktisch ausgeglichen war. In den letzten beiden Jahre wurden sehr gute Abschlüsse erreicht. Seit Einführung des FILAG 2001 ist das Eigenkapital um 2 Mio Franken gesunken. In den letzten acht Jahren hat sich das Eigenkapital durchschnittlich nicht verändert.

Abstimmung

Die Anträge des Gemeinderates werden mit grossem Mehr ohne Gegenstimmen gutgeheissen.

Gemeindebeschluss

a) Jahresbericht 2011

Der Jahresbericht 2011 wird genehmigt.

b) Jahresrechnung 2011

1. Kenntnisnahme und Genehmigung von Nachkrediten

Die gebundenen Nachkredite in der Höhe von insgesamt Fr. 149'023.39 werden zur Kenntnis genommen. Die Gemeindeversammlung genehmigt Nachkredite in der Höhe von Fr. 750'000.-.

2. Genehmigung der Rechnung 2011

Die bei Fr. 42'173'801.00 Aufwand und Fr. 43'107'172.79 Ertrag mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 1'747'377.19 abschliessende Rechnung für das Jahr 2011 wird genehmigt.

3. Genehmigung der Produktgruppen Gemeindestrassen und Gemeindebibliothek 2011

a) Das mit Nettokosten von Fr. 1'440'217.91 entsprechend einem Kostendeckungsgrad von 23.83 % abschliessende NPM-Produkt Gemeindestrassen wird genehmigt.

b) Das mit Nettokosten von Fr. 246'416.68 entsprechend einem Kostendeckungsgrad von 17.17 % abschliessende NPM-Produkt Gemeindebibliothek wird genehmigt.

3. Wahl des externen Rechnungsprüfungsorgans für die Periode vom 1. Juli 2012 bis 30. Juni 2013

Bericht

Gemäss Botschaft zur Juni-Gemeindeversammlung.

Antrag der Geschäfts- und Ergebnisprüfungskommission (GEPK)

Die GEPK beantragt der Gemeindeversammlung gestützt auf Art. 34 Abs. 5 der Gemeindeverfassung für die Periode vom 1. Juli 2012 bis 30. Juni 2013 die Firma BDO AG, Bern, zum externen Rechnungsprüfungsorgan zu wählen.

Abstimmung

Der Antrag der Geschäfts- und Ergebnisprüfungskommission wird mit grossem Mehr ohne Gegenstimmen gutgeheissen.

Gemeindebeschluss

Gestützt auf Art. 34 Abs. 5 der Gemeindeverfassung wird für die Periode vom 1. Juli 2012 bis 30. Juni 2013 die Firma BDO AG, Bern, zum externen Rechnungsprüfungsorgan gewählt.

4. Personalreglement; Teilrevision

Bericht

Gemäss Botschaft zur Juni-Gemeindeversammlung.

Antrag des Gemeinderates

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung folgendes:

Die Teilrevision des Personalreglements sei zu beschliessen und auf den 1. August 2012 in Kraft zu setzen.

Beratung

Gemeindepräsident Eduard Knecht: Das Personalreglement ist seit 1. Januar 1998 in Kraft. Obwohl es sich bewährt, müssen nun einige Punkte revidiert werden. Der Gemeinderat hat sich vier Mal mit dieser Revision befasst. Beim Personal, bei den Parteien sowie bei der Departementskommission Präsidiales wurden Vernehmlassungen durchgeführt. Heute wird eine Kompromiss-Lösung vorgelegt. Im heutigen Reglement ist eine paritätisch zusammengesetzte Personalkommission vorgeschrieben. Diese bewährte sich nicht und seit 2003 gab es keine mehr. Das Personal wünschte eine solche Kommission, in welcher aber nur noch Arbeitnehmende Einsitz nehmen. Erfreulich für das Personal ist auch die vorgesehene Ferienregelung, welche an die kantonale Regelung angeglichen wird. Dies war früher auch so und wurde dann mit dem Personalreglement 1998 geändert. Ändern sich künftig die kantonalen Bestimmungen, entscheidet der Gemeinderat, ob diese auch für unser Personal gelten. Weitere kleine Änderungen sind redaktioneller Natur und werden zeitgemäss formuliert. Heute ist einer Mitarbeiterin ein Problem in Art. 13 aufgefallen, weshalb der Gemeinderat der Versammlung folgenden **Änderungsantrag** gegenüber der Botschaft unterbreitet:

Art. 13

Das Arbeitsverhältnis endet:

b) spätestens auf Ende des Monats, in dem die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter das 65. Altersjahr erreicht hat,

Text in Botschaft:

Art. 13

Das Arbeitsverhältnis endet:

b) auf Ende des Monats, in dem die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter das ordentliche AHV-Rentenalter erreicht hat, oder durch den vorzeitigen Altersrücktritt,

Die Pensionskassenversicherung Previs hat das reglementarische Rücktrittsalter von 63 auf 65 Jahre erhöht. Wenn gemäss vorgeschlagenem Text in der Botschaft nun eine Person mit 64 Jahren in Pension gehen würde, müsste bei der Pensionskasse ein Einkauf geleistet werden. Dies

macht keinen Sinn. Deshalb schlägt der Gemeinderat heute diesen Änderungsantrag vor. Es handelt sich dabei um die einfachste Formulierung zum Erhalt einer Rechtssicherheit.

Gemeindeversammlungsleiter Martin Gerber schlägt der Versammlung vor, das Reglement zuerst allgemein und dann abschnittsweise die einzelnen Artikel zu beraten.

Aus der Versammlung gibt es keine allgemeinen Bemerkungen zur Teilrevision.

Artikel 1 – 5
Keine Bemerkungen.

Artikel 6 – 9
Keine Bemerkungen.

Artikel 10 – 16
Keine Bemerkungen.

Artikel 17 – 41

Thomas Gerber, Hinterkappelen: Die Grüne Wohlen hat sich an der Vernehmlassung beteiligt. Sie dankt dem Gemeinderat dafür, dass ihre Änderungswünsche fast alle umgesetzt wurden. Es handelt sich beim Personalreglement um ein durchschnittliches Werk; die Mitarbeitenden werden nicht vergoldet. Er sieht nicht ein, warum die Teuerung prozentual zum Lohn berechnet werden soll. Er stellt deshalb zu Art. 17 folgenden **Antrag:** Die Teuerung wird in Prozenten von einem durchschnittlichen Lohn der Angestellten berechnet. Alle Angestellten erhalten in Franken den gleichen Teuerungsanteil.

Unabhängig vom Lohn werden Waren für alle gleich teurer. Bei einem Einkommen von Fr. 200'000.- beträgt 1 % Teuerung Fr. 2'000.-, bei Fr. 60'000.- beträgt diese Fr. 600.-. Dieser Unterschied darf nicht sein. Diese Praxis wird bereits in diversen Branchen angewendet.

Gemeindepräsident Eduard Knecht: Es geht nicht nur um den Warenkorb, sondern um Lebenshaltungskosten. Er war langjähriger Personalchef und kennt diese Forderung. Er lehnt den Antrag ab. Mit diesem würde das ganze Lohnsystem auf den Kopf gestellt. Es ist unklar, was ein durchschnittlicher Lohn ist. Die Personalkommission müsste helfen, diesen Wert festzulegen. Er bittet die Gemeindeversammlung um Ablehnung dieses Antrags.

Peter Saurer, Uettligen, bittet die Versammlung ebenfalls, den Antrag abzulehnen. Die Lohnskala ist definiert und besteht aus diversen Anteilen. Diese ist so gegeben, ob richtig oder falsch. Wird dem Antrag zugestimmt, wird die Lohnskala über die Teuerung schleichend verändert. Dies wäre falsch. Sollten die Löhne nicht stimmen, müssen diese angepasst werden.

Maria Iannino Gerber, Hinterkappelen, bittet um Unterstützung des Antrags. Wie Peter Saurer gesagt hat, gibt es ein Lohngefüge. Die Ausrichtung der Teuerung hat aber nichts damit zu tun. Jede Arbeit hat ihren Wert und soll entsprechend entlohnt werden. Dies wird bei der Gemeinde sicher richtig gemacht. Es geht hier um den Warenkorb, welcher für alle, unabhängig vom Lohn, gleich teuer ist. Das Brot kostet für alle gleich viel. Es geht darum, am Schluss mehr Lohn zur Verfügung zu haben.

Abstimmung

Der Antrag Thomas Gerber wird mit 27 zu 24 Stimmen angenommen.

Art. 42 – 48
Keine Bemerkungen.

Art. 49
Keine Bemerkungen.

Art. 50 – 55
Keine Bemerkungen.

Schlussabstimmung

Der Antrag gemäss Botschaft (ergänzt durch den Änderungsantrag des Gemeinderates zu Art. 13) und der beschlossene Antrag Thomas Gerber (Art. 17) wird mit grossem Mehr gegen 2 Stimmen angenommen.

Gemeindebeschluss

Die Teilrevision des Personalreglements wird beschlossen und auf den 1. August 2012 in Kraft gesetzt.

5. Oberstufenverband Uettligen; Organisationsreglement; Erlass

Bericht

Gemäss Botschaft zur Juni-Gemeindeversammlung.

Antrag des Gemeinderates

Der Gemeinderat stellt der Gemeindeversammlung folgenden Antrag:

Das neue Organisationsreglement (OgR) des Oberstufenverbandes Uettligen sei zu beschliessen und auf den 1. August 2012 in Kraft zu setzen.

Beratung

Gemeinderätin Susanne Schori: Über ein Jahr wurde am neuen Organisationsreglement gearbeitet, die Mitglieder der Projektgruppe setzten sich aus Kirchlindach und Wohlen zusammen. Juristisch begleitet wurde das Projekt von Herrn Dr. Ueli Friederich. Kirchlindach und Wohlen führen gemeinsam eine Oberstufenschule als Verband. Der Verband übernimmt damit die Aufgaben, Pflichten und Kompetenzen beider Gemeinden. Damit die Gemeinden immer noch viel Mitspracherecht, aber auch Autonomie behalten können, wird im neuen Verbandsreglement auch bestimmt, was nicht Zweck des Verbandes ist: Schulwege, Schülertransporte, Wahl Schularzt und –zahnarzt sowie Beiträge an zahnärztliche Behandlungen. Im Schulbetrieb ändert sich nichts, d.h. es wird weiterhin in getrennten Sekundar- und Realklassen unterrichtet. Dies war ein Gemeindeversammlungsentscheid in beiden Verbandsgemeinden. Solange der Kanton nichts anderes vorschreibt bleibt der gymnasiale Unterricht auch im Verband. Ebenso gibt es noch die integrative Förderung oder das Deutsch für Fremdsprachige. Die Mittagsverpflegung (Tagesschule) wird vom Verband organisiert. Die Schulleitung ist für die Anstellung und Führung der Lehrpersonen verantwortlich und führt die Schule im operativen Bereich wie bisher. Zur Organisation: Es gibt keine gewählten Delegierten mehr. Die Geschäfte gehen an beide Gemeinderäte. Stimmen diese zu, ist das Geschäft verabschiedet. Stimmt eine Gemeinde nicht zu, muss die Oberstufenkommission(OSK) zu einer Delegiertenversammlung einladen. Im Normalfall beraten sich dann die Gemeinderäte von Kirchlindach und Wohlen unter dem Vorsitz des OSK-Präsidiums. Eine Gemeinde kann aber auch nur eine Person mit allen sieben Stimmen delegieren. Bei einer allfälligen Pattsituation entscheidet das OSK-Präsidium mit Stichentscheid. Der Nutzen sind schnellere Geschäftswege, grössere Nähe des Gemeinderates zur Schule, intensivere Zusammenarbeit beider Gemeinden und mehr Miteinbezug und Stimmrecht des Gemeinderates in der OSK. In der OSK haben neun Personen

Einsatz mit Stimmrecht. Diejenige Gemeinde, welche mehr Kinder in der Schule hat, hat einen Sitz mehr in der OSK. Die OSK ist zuständig für:

- Organisation des Verbandes
- Anstellung und Führung der Schulleitung
- Beschluss von strategischen Fragen

Wird die Einberufung einer Delegiertenversammlung (DV) nötig, ist diese öffentlich und wird im Anzeiger entsprechend publiziert. Die DV muss innert 30 Tagen nach einem ungleichen Beschluss organisiert, publiziert und durchgeführt werden. Grundsätzlich sind Beschlüsse der OSK öffentlich, soweit nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen entgegenstehen. In Kapitel 5 des Organisationsreglements wird dem Datenschutz Rechnung getragen.

Die Kostenverteilung erfolgt nach Schülerzahlen. Im Moment besuchen 90 % (= 57 Kinder) aller Kirchlindacher Oberstufenschüler die Oberstufenschule Uettligen, von Wohlen sind es ca. 30 % (= 80 Kinder). Die Liegenschaftskosten werden halbiert. Das Rechnungsprüfungsorgan kontrolliert die Jahresrechnung. Die OSK kann für einmalige Ausgaben bis Fr. 20'000.- und für wiederkehrende Ausgaben bis Fr. 2'500.- selber entscheiden. Sind die Beiträge höher müssen die Gemeinderäte (bei Uneinigkeit die DV) oder sogar die Gemeindeversammlungen beider Gemeinde darüber befinden.

Das neue Organisationsreglement soll am 1. August 2012 in Kraft treten. Die Gemeindeversammlung von Kirchlindach hat dem Reglement am 4. Juni 2012 zugestimmt.

Gemeindeversammlungsleiter Martin Gerber schlägt der Versammlung vor, das Reglement zuerst allgemein und dann abschnittsweise die einzelnen Artikel zu beraten.

Aus der Versammlung gibt es weder allgemein noch zu den einzelnen Artikeln Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Antrag des Gemeinderates wird mit grossem Mehr ohne Gegenstimmen angenommen.

Gemeindebeschluss

Das neue Organisationsreglement (OgR) des Oberstufenverbandes Uettligen wird beschlossen und auf den 1. August 2012 in Kraft gesetzt.

6. Einführung der regionalen Schulsozialarbeit

Bericht

Gemäss Botschaft zur Juni-Gemeindeversammlung.

Antrag des Gemeinderates

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung folgendes:

1. Die Schulsozialarbeit wird gemäss regionalem Konzept per 1. Januar 2013 eingeführt.
2. Die Gemeinde Wohlen wird Sitzgemeinde und finanziert die jährlich wiederkehrenden Vollkosten von Fr. 310'000.- (Anteil Wohlen: Fr. 160'000.-) vor.

Beratung

Gemeinderätin Susanne Schori: Lehrpersonen sind verpflichtet, allen Schülerinnen und Schülern eine optimale Förderung zukommen zu lassen. Dies gilt nur, wenn Lehrerinnen und Lehrer auf die Mitarbeit von Eltern zählen können. Eine wachsende Anzahl Eltern ist mit der Erziehung ihrer Kinder stark gefordert und hat Unterstützung nötig. Lehrpersonen dürfen Eltern lediglich in der Erziehung unterstützen. Die Projektgruppe hat für die Ausrichtung der Schulsozialarbeit in den vier Gemeinden folgende Zielsetzungen beschrieben:

- Beratung und Unterstützung von Schülerinnen und Schülern, Eltern, Lehrpersonen und weitere Bezugspersonen.
- Prävention und Früherfassung von sozialen Problemstellungen.
- Förderung der Vernetzung zwischen Schulen und Fachstellen.
- gute Zugänglichkeit für alle Zielgruppen.
- regionale und flexible Lösungen.

Gemeindevizepräsident Bänz Müller erläutert die Angebotsgestaltung. Die Schulsozialarbeitsstellen von insgesamt 230 % werden auf drei Pensen aufgeteilt. Eine Stelle von 80 % für Hinterkappelen, Wohlen, Murzelen und Matzwil, eine Stelle von 70 % für Uettligen, Säriswil und Kirchlindach sowie eine Stelle von 80 % für Bremgarten und Meikirch. Dazu kommt eine 15 %-Stelle für die operative Leitung. Die Aufteilung der Pensen basiert auf den Schülerzahlen, der Analyse der Bedarfsmeldungen von Seiten der Schulen und der Anzahl Schulen und Schulstandorte der Gemeinden. Jede Gemeinde soll zudem mindestens eine Schule mit integrierter Schulsozialarbeit haben. Beim integrierten Modell sind die Schulsozialarbeiter regelmässig zu festen Zeiten präsent, beim ambulanten Modell in einem festen Turnus wöchentlich bis monatlich. Mit dieser Lösung wird sichergestellt, dass alle Schulen und Kindergärten der Gemeinde Wohlen von der Schulsozialarbeit profitieren können.

Die Sozialen Dienste Wohlen sind für alle vier beteiligten Gemeinden verantwortlich. Die Gemeinde Meikirch wird ab 1. Januar 2013 zu den Sozialen Diensten Wohlen gehören. Wohlen ist Sitzgemeinde, analog der Organisationsform der Sozialen Dienste. Die Leitung der Sozialen Dienste steht der Leitung der Schulsozialarbeit vor, welche wiederum über den Schulsozialarbeitern steht. Wichtig ist die Vernetzung Schulsozialarbeit – Schulleitung – Leitung Schulsozialarbeit. Die Gemeinden Bremgarten, Kirchlindach und Meikirch haben ein Mitbestimmungsrecht. Es entstehen jährliche Betriebskosten von Fr. 310'000.-, wovon der Kanton 30 % der Lohnkosten übernimmt (ca. Fr. 72'000.-). Für Büroeinrichtungen, EDV Hardware etc. braucht es einmalige Investitionskosten von Fr. 82'000.-. Die Kosten werden gemäss Schülerzahlen auf die Gemeinden aufgeteilt; gemäss aktuellen Zahlen bedeutet dies: Bremgarten Fr. 77'000.-, Kirchlindach Fr. 41'000.-, Meikirch Fr. 36'000.- und Wohlen Fr. 166'000.-. Der Beitrag des Kantons beträgt für unsere Gemeinde rund Fr. 36'000.-, so dass für Wohlen mit einer wiederkehrenden Belastung von rund Fr. 130'000.- zu rechnen ist. Die anderen drei beteiligten Gemeinden haben dem Geschäft bereits zugestimmt. Im 2009 beschlossenen Schulreglement ist die Schulsozialarbeit bereits als Angebot aufgeführt.

Gemeinderätin Susanne Schori macht folgende Zusammenfassung:

- Soziale und familiär bedingte Schwierigkeiten einzelner Schülerinnen und Schüler werden mit Schulsozialarbeit früher und schneller bearbeitet.
- Die Schulsozialarbeitenden arbeiten im Schulhaus.
- Die Lehrpersonen werden entlastet.
- Die Zusammenarbeit mit den Sozialen Diensten und weiteren Fachstellen wird einfacher und kann intensiviert werden.
- Das regionale Konzept zur Einführung der Schulsozialarbeit ist für alle ein Gewinn.

Karl Gorsatt, Murzelen: Das Gemeinwesen ist nicht der Sponsor, damit dauernd mit neuen Massnahmen soziale Missstände therapiert werden können. In der Hoffnung, dass mit dem Einsatz von Schulsozialarbeitenden den 'Problemkindern' geholfen werden kann und die Lehrer von einem Burnout ferngehalten werden können, empfiehlt die SVP dem Antrag des Gemeinderates

zuzustimmen. Gemäss Schuldirektion des Kantons soll Schulsozialarbeit die Schulen von der Bearbeitung komplexer sozialer Probleme und erheblicher erzieherischer Herausforderungen entlasten. Muss der Steuerzahler zur Kasse gebeten werden, weil viele Eltern ihren Job nicht machen und sich ihrer Verantwortung nicht bewusst sind? Vielleicht braucht es künftig einen Eignungstest. Hoffentlich können durch den Einsatz der Schulsozialarbeiter Folgekosten vermindert oder gar vermieden werden. Es ist der SVP bewusst, dass drei Jahre eine kurze Zeitspanne ist um Erfolge auszuweisen. Trotzdem verlangt sie, dass jährlich über die Erfolge informiert wird, und zwar quantitativ und qualitativ; zu einem späteren Zeitpunkt vielleicht sogar mit einer Finanzkennzahl. Auf alle Fälle darf die Angelegenheit nicht zu einem Selbstläufer werden und in der sozialen Wohlfahrt als Selbstverständlichkeit abtauchen. Er wünscht allen Beteiligten viel Kraft bei der Ausübung ihrer Tätigkeit.

Ueli Corrodi, Hinterkappelen: Die SPplus sagt ja zum Antrag des Gemeinderates. Die Schulwelt hat sich enorm verändert. Die Anzahl Kinder pro Klasse hat sich geändert, Kleinklassen wurden aufgehoben und Kinder mit sozialen Schwierigkeiten sind häufiger geworden. Die Anzahl Lektionen wurden reduziert und administrative Aufgaben haben für Lehrer zugenommen. Gerade für Kinder mit Schwierigkeiten steht dem Lehrer die nötige Zeit nicht zur Verfügung. Es ist eine Tatsache, dass Schwierigkeiten von Kindern zugenommen haben. Ob dies uns gefällt oder nicht, Drogen, Kriminalität etc. sind heute vermehrt ein Thema. Die Schulsozialarbeit soll den Lehrern Unterstützung bieten und die Kontaktaufnahme mit Kindern und Familien soll über diese erfolgen. Es handelt sich um eine reparative oder prophylaktische Tätigkeit, welche sinnvoll ist. Es ist schwierig, die Höhe der Auslagen zu beurteilen, der Massstab ist nicht bekannt. Er geht von einer sorgfältigen Ausgabenpolitik aus. Es wird nicht mit der grossen Kelle angerichtet, es ist eine massvolle Massnahme. Einige finden Einsparungen machbar – die SPplus sieht dies nicht so und unterstützt den gemeinderätlichen Antrag vollumfänglich.

Christine Lerch, Wohlen: Die BDP Wohlensee Nord hat sich mit dem Geschäft befasst und sagt ja zum Antrag. Die Schule ist einem Wandel unterworfen. Die BDP möchte auch, dass es ohne Schulsozialarbeit geht. Man muss sich aber der Realität stellen. Tatsache ist, dass die Schulen höheren Anforderungen ausgesetzt sind. Lehrer sind pädagogisch ausgebildet und sind keine Sozialarbeiter. Heilpädagogen sind nicht immer die richtigen Fachleute, es braucht Sozialarbeiter. Die Schulsozialarbeit soll als niederschwelliges Angebot betrachtet werden, welches direkt vor Ort erfolgt. Dies ist ein grosser Vorteil für die Früherkennung von Problemen. Durch die Beratung von Lehrern, Kindern und Eltern können viele Folgekosten eingespart werden. Die Schulsozialarbeit ist besser vernetzt mit den Sozialen Diensten. Die regionale Zusammenarbeit ist ein optimales Angebot, bei welchem auch die Stellvertretungen gewährleistet sind. Die Schulsozialarbeiter unterstützen in der Erziehungsarbeit, fordern aber auch Verantwortung. Das Geschäft wurde gut vorbereitet. Der Kanton sieht eine 100 %-Stelle für 600 bis 900 Schüler vor. Die vorgeschlagenen Stellenprozente entsprechen dieser Empfehlung. Die 45 Gemeinden, welche bereits über eine Schulsozialarbeit verfügen, haben gute Erfahrungen gemacht. Sie kann sich dem Schlusswort von Susanne Schori anschliessen. Die anderen beteiligten Gemeinden haben dem Geschäft im Interesse der Kinder bereits zugestimmt.

Christian Lauterburg, Uettligen: Die FDP befürwortet die Einführung der Schulsozialarbeit, jedoch ohne grosse Begeisterung. Sie hat einige Vorbehalte und Kritikpunkte. Im Konzept ist die Rede von erzieherischen Herausforderungen – was ist das? Die Lehrer seien damit konfrontiert – was sind die Probleme? Geht es um fehlende Disziplin, Anstand, Vandalismus etc. an Schulen? Der Gemeinderat hat massive Massnahmen ergriffen gegen den Vandalismus. Die Schulsozialarbeit ist ein Allerheilmittel und gehört eigentlich in den Aufgabenbereich der Eltern. Was soll die Schule noch leisten neben dem Kernauftrag, nämlich dem Vermitteln von Fähigkeiten und Wissen? Im Konzept steht auch, dass Familien unterstützt werden bei der Erziehung – die Verantwortung wird bei den Eltern bleiben. Wie sieht diese Verantwortung aus und wie wird diese im Einzelfall eingefordert? Nach drei Jahren soll die definitive Einführung überprüft werden. Wie diese Überprüfung erfolgen wird ist nicht ersichtlich. Wird eine Erfolgsquote vorgewiesen? Ist der Zweck erfüllt? Es besteht die Gefahr, dass die Schulsozialarbeit zum Selbstläufer wird. Die FDP erwartet auch eine Überprüfung der Form und die Vornahme allfälliger Korrekturen. Für Wohlen plus die

anderen Gemeinden sind 230 Stellenprozente vorgesehen, also 100 % für 780 Schüler. In Bern, Biel und Worb ist eine 100 %-Stelle für 1'200 Schüler zuständig. Biel ist sicher problematischer als Wohlen und die angeschlossenen Gemeinden. Der Stellenetat muss nach drei Jahren überprüft werden. Die FDP sagt trotzdem ja zum Geschäft, weil die Unterstützung der Lehrer wichtig ist. Diese versuchen einen Superjob zu machen. Das Lehrerklima ist wichtig genug, um dem Projekt eine Chance zu geben.

Maria Iannino Gerber, Hinterkappelen: Die Grüne Wohlen unterstützt den Gemeinderatsantrag. Sie begrüsst, dass Wohlen die Fachkompetenz um die Schulsozialarbeit erweitern will und auf die bestehende Organisationsstruktur zurückgreifen will. Die Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden ist richtig und effizient. Mit der Einführung der Schulsozialarbeit werden Lehrer entlastet. Einer der wichtigsten Gründe ja zu sagen ist, dass die Schulsozialarbeit allen Schülern und Kindergartenkindern zur Verfügung stehen wird. Sozial- und familienbedingte Schwierigkeiten können früher erkannt und gelöst werden. Die Einsetzung von Polizei und Sicherheitsfirmen bei Vandalismus können abgebaut werden, ebenso Fremdplatzierungen. Dadurch können nicht unerhebliche Kosten eingespart werden. Probleme müssen am Anfang angegangen werden, nicht erst wenn sie eskalieren.

Gemeinderat Bänz Müller möchte weniger zum Eignungstest der Eltern sagen als zum jährlichen Controlling. Dieses ist Teil des Konzepts und halbjährlich vorgesehen. Er zitiert Seite 21 des Konzepts. Dadurch wird auch der Gemeinderat informiert. Die Schulsozialarbeit wird sicher auch im Jahresbericht erscheinen.

Zum Vergleich Schüler/Stellenprozente von Christian Lauterburg: Es gibt eine Gemeinde, welche auf 100 % sogar 1'300 Schüler betreut. Es gibt aber auch Gemeinden wie Interlaken mit 750 Schülern oder Muri mit 780 Schülern auf 100 %. Der Kanton hat auch Berechnungsgrundlagen für die Finanzierung seines Anteils. Für die 30 %-Beteiligung des Kantons wurde eine Schülerzahl von 800 angenommen. Mit 780 erreichen wir also fast eine Punktlandung. Das Stellenetat wird überprüft werden; es ist bereits Geld dafür gesprochen worden. Falls nötig wird dieses verkleinert, bei Bedarf aber auch erhöht.

Abstimmung

Der Antrag des Gemeinderates wird mit grossem Mehr ohne Gegenstimmen angenommen.

Gemeindebeschluss

3. Die Schulsozialarbeit wird gemäss regionalem Konzept per 1. Januar 2013 eingeführt.
4. Die Gemeinde Wohlen wird Sitzgemeinde und finanziert die jährlich wiederkehrenden Vollkosten von Fr. 310'000.- (Anteil Wohlen: Fr. 160'000.-) vor.

7. Abwasserentsorgung; Sanierung des öffentlichen Kanalnetzes in Uettligen; Kreditgenehmigung

Bericht

Gemäss Botschaft zur Juni-Gemeindeversammlung.

Anträge des Gemeinderates

1. Genehmigung der Verpflichtungskredite von Fr. 800'000.- für die Sanierung des öffentlichen Kanalnetzes in Uettligen.

2. Ermächtigung des Gemeinderates zur Finanzierung des Projektes durch Entnahme aus der Spezialfinanzierung Abwasserentsorgung.

Beratung

Gemeinderätin Anita Herrmann: Im letzten Jahr wurde für die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung eine Mehrjahresplanung erstellt, welche die Prioritäten festlegt. Aufgrund dieser Planung wird das vorliegende Sanierungsprojekt unterbreitet. Die Sanierung der Kanalisationsleitungen muss durch Spezialfirmen ausgeführt werden, welche über das nötige Wissen und die technisch notwendigen Geräte verfügen. Die vorgesehenen Arbeiten werden ausgeschrieben und aufgrund detaillierter Angebote vergeben. Die Kosten betragen gemäss detaillierter Aufstellung auf Seite 54 der Botschaft total Fr. 800'000.-. Die Aufwände für Installation, die Wasserhaltungsmassnahmen und die Landentschädigung sind darin enthalten. Die Sanierungsarbeiten sollen im Herbst/Winter 2012/2013 und 2013/2014 in zwei Etappen ausgeführt werden. Die Sanierung wird zulasten der Spezialfinanzierung Abwasserentsorgung finanziert. Mit den Unterhaltsarbeiten soll im Herbst 2012 begonnen werden. Der grösste Teil der Arbeiten wird vom öffentlichen Terrain aus ausgeführt. Sollte es nötig werden, dass private Grundstücke betreten werden müssen, werden die Landeigentümer entsprechend informiert.

Rowan Borter, Strasseninspektor: Uettligen hat ein Kanalisationsnetz von ca. 11 km Länge. Sanierungsmassnahmen sind bei ca. 4 km nötig. Anhand von Bildern zeigt er die Schäden. Es handelt sich dabei um Abnutzung des Leitungsmaterials, Dichtheit, Wurzeleinwüchse, Ablagerungen und unsachgemäss ausgeführte Seitenanschlüssen. Damit keine Gewässerverschmutzung entsteht, müssen die Sanierungen vorgenommen werden. Die unterirdischen Leitungen können repariert werden, ohne dass Grabungsarbeiten entstehen. Anhand eines Schlauchs zeigt er, wie die Reparatur funktioniert und wie das Endprodukt aussieht.

Abstimmung

Die Anträge des Gemeinderates werden mit grossem Mehr ohne Gegenstimmen angenommen.

Gemeindebeschluss

1. Die Verpflichtungskredite von Fr. 800'000.- für die Sanierung des öffentlichen Kanalnetzes in Uettligen werden genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird zur Finanzierung des Projektes durch Entnahme aus der Spezialfinanzierung Abwasserentsorgung ermächtigt.

8. Berichterstattung und Verschiedenes

Gemeindepräsident Eduard Knecht: An der Gemeindeversammlung vom 7. Dezember 2011 wurde der Antrag von Martin Lachat, wonach der Gemeinderat ein Kommunikations- und Partizipationskonzept zu erstellen hat, angenommen. Er zitiert die Art. 23 Abs. 2 und 6 aus der Gemeindeverfassung betreffend Zuständigkeit oder Nichtzuständigkeit solcher Anträge. Der angenommene Antrag fällt nicht in die Zuständigkeit der Gemeindeversammlung. Der Gemeinderat erarbeitet aus folgenden Gründen kein solches Konzept:

- Die Information und Kommunikation ist in der Organisationsverordnung (Art. 32 – 40) geregelt.
- In der heutigen Gemeindeführung bestehen viele partizipative Elemente (Kommissionen, Parteien, Vernehmlassungen, Mitwirkungen, Orientierungsveranstaltungen).
- Bei Projekten wird die Information und Kommunikation im Projektauftrag definiert.
- Partizipation und Demokratie.

Weiter findet die Information und Kommunikation über Pressemeldungen, Pressekonferenzen, Botschaften zu Gemeindeversammlungen und Urnenabstimmungen, Gemeindeblätter, Jahres-

berichte und über die homepage statt. Persönliche Sprechstunden bei ihm sind auch möglich. Für die vorhandenen Probleme mit Vandalismus werden Bewachungsfirmen eingesetzt. Die letzten drei Wochenenden war die Securitas intensiv im Einsatz, so dass weniger Schäden verursacht wurden. Die Securitas versucht an die Namen der Verursacher von Sprayereien und Littering zu gelangen. Personenkontrollen darf nur die Polizei vornehmen. Es wirkt abschreckend, wenn Namen und Herkunft der Verursacher bekannt sind. Einige der Verursacher kommen aus Nachbargemeinden. Das Handeln der Gemeinde ist angemessen. Das Departement Liegenschaften wird noch zu den Kosten von Vandalismus informieren.

Gemeindeversammlungsleiter Martin Gerber: Beim angenommenen Antrag von Martin Lachat anlässlich der Gemeindeversammlung vom 7. Dezember 2011 hätte er wohl die Nichtzuständigkeit der Gemeindeversammlung feststellen müssen. Möglicherweise ist er zu demokratisch und lässt lieber einen Antrag annehmen als ablehnen.

Gemeinderat Michael Hänni: An der Gemeindeversammlung vom 18. Oktober 2011 wurde die Einzonung Musterplatz klar abgelehnt. Gleichzeitig wurde der Antrag aus der Gemeindeversammlung, dass der Musterplatz aus dem Raumentwicklungskonzept gestrichen werden soll, angenommen. Aufgrund dieses Antrages hat der Gemeinderat beschlossen, das Raumentwicklungskonzept entsprechend anzupassen und die Änderung beim Amt für Gemeinden und Raumordnung zur Genehmigung einzureichen. Beim Raumentwicklungskonzept handelt es sich um ein Planungsinstrument des Gemeinderates. Die Streichung ist ein Entgegenkommen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

Beim Areal Kappelenbrücke kann nach einer längeren Planungszeit bald eine neue Bebauung realisiert werden. Bis es soweit ist, muss zuerst eine Überbauungsordnung ausgearbeitet und vom Kanton genehmigt werden. Um das Verfahren zu beschleunigen, wählte der Grundeigentümer das kombinierte Verfahren, d.h. dass Überbauungsordnung und Baugesuch gleichzeitig bearbeitet und bewilligt werden. Dies hat zur Folge, dass bereits mehrere Monate vor Einreichung des Baugesuchs die Profile stehen müssen. Detaillierte Infos zum Areal Kappelenbrücke können dem nächsten Gemeindeblatt entnommen werden.

Gemeinderätin Anita Herrmann: In diesem Sommer wird bei der Wohleibrücke ein Kiosk betrieben. So können die Besucher der Umgebung Wohlensee etwas trinken und etwas Kleines essen. Die Bewilligung wird nun beim Regierungsstatthalteramt eingeholt, so dass der Betrieb bald aufgenommen werden kann.

Gemeinderätin Ursula Brunner: 2011 gab es bei der Schulanlage Uettligen Probleme mit Vandalismus und Sprayereien. Die Zustände beim Schulhaus Uettligen haben ein Ausmass erreicht, welches den Gemeinderat und den Oberstufenverband zum Handeln veranlasste. Sämtliche Spray-schäden sollen entfernt und an den gut zugänglichen Flächen ein Schutzanstrich aufgetragen werden. Dieser Graffitischutzanstrich hat sich in der Praxis sehr gut bewährt. Neue Sprayschäden können so mit einer Paste und einem Hochdruckreiniger selber entfernt werden. Es sollen weitere Schulanlagen mit diesen Schutzanstrichen versehen werden. Sprayschäden werden der Polizei sowie der Versicherung gemeldet und wo möglich umgehend entfernt. Mit dieser Methode werden die Oberstufenschule, Primarschule, Kindergarten, Musikschule, Jugendtreff, Turnhallen, Velo-unterstände und Teile der Einstellhalle behandelt. Diese Massnahme bei der Schulanlage Uettligen kostet Fr. 151'192.-. Dafür musste der Gemeinderat Nachkredite sprechen. Die Arbeiten werden am 10. Juli beginnen und dauern voraussichtlich bis 24. Juli 2012. Da die Arbeiten sehr lärmintensiv sind, können die Arbeiten nicht während der Schulzeit erfolgen. Mit dieser Aktion wird den Verursachern, den Schülerinnen und Schülern sowie der Bevölkerung den Schaden aufgezeigt. Dazu werden die Reinigungsarbeiten dokumentiert und die Schülerinnen und Schüler sowie die Bevölkerung orientiert. Der Gemeinderat geht das Problem Sprayereien und Vandalakte umfassend, entschieden, ernsthaft und nachhaltig an. Sie bittet die Versammlung, mit Kindern, Enkelkindern etc. über diese Massnahmen und Kosten zu sprechen.

Der Schulbetrieb in Säriswil wird per Ende Schuljahr 2011/2012 eingestellt. Das Departement Liegenschaften, Land- und Forstwirtschaft ist dafür zuständig, dass das Schulhaus einer neuen Nutzung zugeführt wird. Um die Bedürfnisse der ortsansässigen Bevölkerung mit der künftigen

Nutzung zu koordinieren wurde ein Informationsanlass in der Turnhalle Säriswil durchgeführt. Die entsprechende Einladung wurde mehrmals im Anzeiger publiziert. Über 100 Personen haben am Anlass vom 14. Juni 2012 teilgenommen. Die Rückmeldungen über den Bedarf des Schulhauses werden nun in die Detailplanung einfließen. Die Bevölkerung wird in der Übergangszeit von der Schulschliessung bis zum Beginn der neuen Nutzung laufend informiert und miteinbezogen. Die ganze Bevölkerung kann bis 14. Juli 2012 weitere Anregungen für die Umnutzung des Gebäudes einreichen.

Gemeinderätin Maja Gerber: An der Gemeindeversammlung vom 18. Oktober 2011 hat der damals noch zuständige Michael Hänzi berichtet, dass sich Meikirch, Kirchlindach und Wohlen Gedanken über eine Fusion ihrer Feuerwehren machen. Mittlerweile hat sich Kirchlindach aus dem Projekt zurückgezogen. Meikirch und Wohlen arbeiten auf zwei Ebenen weiter daran. Eine Gruppe aus Politik und Verwaltung arbeitet einen Vertrag aus. Eine Gruppe aus den beiden Feuerwehren arbeite an Struktur, Organisation und Finanzen der zukünftigen Feuerwehr. An den bisherigen Magazinstandorten wird festgehalten, damit die Feuerwehr rasch am Einsatzort ist. Auch beim Zivilschutz hat man eine Fusion geprüft. Letzten Donnerstag haben die Delegierten des regionalen Ausbildungszentrums in Köniz grundsätzlich einer Fusion mit dem Ausbildungszentrum in Ostermundigen zugestimmt. Damit wird es in der Region Bern nur noch den Standort Köniz geben. In einem nächsten Schritt werden alle Detailfragen geklärt, damit nächstes Jahr ein definitiver Beschluss gefällt werden kann.

Gemeinderat Bänz Müller: Der Gemeinderat hat im November 2011 einen Leistungsvertrag mit dem Seniorenrat abgeschlossen. Darin wird der Seniorenrat zur Umsetzung von konkreten Massnahmen und Projekten, zur Koordination der zahlreichen Akteure und zur Vertretung der Anliegen der Seniorinnen und Senioren verpflichtet. Teil dieses Vertrags ist auch eine kurze Berichterstattung zum vergangenen Kalenderjahr durch den Departementsvorsteher an der Gemeindeversammlung. Um die Zielsetzungen zu erreichen startete der Seniorenrat 2011 gleichzeitig mit fünf Projekten:

- Bestandesaufnahme der bestehenden Angebote in der Gemeinde
- Bedarfsanalyse
- Wohnraumanalyse
- Tauschnetz
- Homepage

Jedes dieser Projekte wurde von einer Arbeitsgruppe übernommen. In dieser war mindestens ein Mitglied des Seniorenrats, welches auch den Vorsitz hatte. Die anderen Sitze wurden durch interessierte Bürgerinnen und Bürger besetzt, welche meistens auch Mitglied des Seniorenrats sind. Er erläutert kurz die Inhalte der weitgehend abgeschlossenen Projekte. Diese eindrückliche Bilanz war dank des Engagements aller Mitglieder des Seniorenrats und auch der grossen ehrenamtlichen Arbeit der Arbeitsgruppenmitglieder möglich. Für das laufende Jahr hat sich der Seniorenrat folgende Ziele gesetzt:

- Wirkung nach aussen verstärken
- Tauschnetz ausbauen
- Koordinierung und Fokussierung der Aktivitäten
- Konkretisierung der Wohnbaupolitik
- Mobilitätskonzept

Es ist wichtig, dass der Seniorenrat so engagiert arbeitet. Anhand einer Statistik zeigt er die Zahlen der unter 20 Jahre und über 60 Jahre alten Einwohnerinnen und Einwohnern. Es ist schweizweit eine Tendenz, dass die Anzahl 20-Jähriger abnimmt und die Anzahl 60-Jähriger zunimmt. Die Gemeinde Wohlen ist jedoch überdurchschnittlich davon betroffen. Er dankt allen, welche sich aktiv an der Umsetzung der Alterspolitik beteiligen.

Gemeinderätin Susanne Schori: Von Ursula Brunner wurde die Gemeindeversammlung über die Zustände rund um die Schulanlage Uettligen informiert. Im Zusammenhang mit der geplanten Reinigung hat sie eine Arbeitsgruppe gebildet, welche in einem ersten Schritt Ideen zur Beseitigung von Schmutz in der Oberstufe entwickelt hat. Die Ideen sollen weiter greifen und neben Schüle-

rinnen und Schüler der ganzen Gemeinde auch die Erwachsenen miteinbeziehen. Wie dies konkret gehen soll, wird noch erarbeitet – Ziel ist eine saubere Gemeinde Wohlen. Wer eine gute Idee hat soll sich bitte melden.

In der Schulkommission ist ein freier Platz zu besetzen. Interessierte bewerben sich bitte beim Sekretariat Bildung und Kultur.

Gemeindeversammlungsleiter Martin Gerber dankt für die Teilnahme an der Gemeindeversammlung und schliesst diese um 22.10 Uhr.

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG

Gemeindeversammlungsleiter Gemeindeschreiber-Stv.

Martin Gerber

Anita Remund Wyss